

der nach der Verfassung garantierte Bildungsanspruch die andere. Der allein schon durch Lehrermangel reduzierte Unterricht darf nicht weiter verkürzt werden. Für Sozialdemokraten hat der Bildungsanspruch Vorrang. Daraus folgt, daß der unterrichtsfreie Samstag nur in den Fällen praktiziert werden sollte, in denen im Einzelfall sichergestellt ist, daß dies nicht zu Lasten des Unterrichts passiert.

Die vorübergehende generelle Einführung der Fünf-Tage-Woche wäre darum genauso falsch wie es der Sache nicht dienlich wäre, würden etwa nur die sicherlich berechtigten Interessen der Eltern oder der Lehrer wahrgenommen. Sozialdemokraten wollen die Fünf-Tage-Woche möglichst im Zusammenhang mit der Ganztagschule. Bis zur Verwirklichung bedarf es jedoch noch umfangreicher Vorarbeiten und vor allem der Beseitigung des Lehrermangels. Jetzt und im Zusammenhang mit der Ölverknappung muß in einer gewissenhaften Güterabwägung entschieden werden, welche anderen Maßnahmen ergriffen werden können, um Nachteile für die Schule abzuwenden. Unsere Kinder bedürfen der Lobby!

F.D.P.: Fünf-Tage-Woche auf Dauer, aber nicht auf halbem Weg

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Wolfgang Heinz:

Für die Fünf-Tage-Woche in der Schule gilt dasselbe wie für das Tempo 100 auf den Straßen: die Energiekrise mag uns diese Maßnahmen für einige Zeit aufzwingen. Aber sie darf kein Vorwand sein, um die Durchsetzung bislang ungeklärter oder umstrittener Pläne auf Dauer zu erzwingen.

Deshalb war die Landesregierung gut beraten, als sie im Erlaß zur Einsparung von Dieseltreibstoff und Heizöl den Schulen und Schulträgern den erforderlichen Spielraum ließ, um auf örtliche und schulische Erfordernisse Rücksicht nehmen zu können. Der Verzicht auf Unterricht an Samstagen wäre vor allem dort nicht zu rechtfertigen, wo ganze Fächer zur Zeit überwiegend oder ausschließlich nur durch nebenberuflich tätige Kräfte, also nur an Samstagen, angeboten werden können.

Unabhängig von der Energiekrise bleibt die Frage zu klären, ob durch eine Bereinigung der Stundentafeln der schulfreie Samstag ermöglicht werden kann. Das Motto „Samstags gehört Vati uns“ sollte hier seine Ergänzung finden: samstags sind auch die Kinder zu Hause.

Möglicherweise kann die Frage nicht einheitlich für alle Schulstufen entschieden werden. Nach Schulstufen getrennt ist zu prüfen, inwieweit Verzicht auf den Samstag als Unterrichtstag die Einführung der pädagogisch durchaus wünschenswerten Ganztagschule erfordert. Für die Ganztagschule wiederum wären umfangreiche räumliche und personelle Voraussetzungen zu schaffen, die nur in einem längeren Zeitraum stufenweise erreicht werden können.

In jedem Falle kann die Fünf-Tage-Woche auf Dauer nur auf gesetzlicher Grundlage eingeführt werden. Um den Schulen den nötigen Spielraum zur flexiblen Umstellung auf die Fünf-Tage-Woche zu ermöglichen, sollte dieses Problem im bevorstehenden Schulstrukturgesetz geregelt werden.

Porträt der Woche

Wenn er spricht, klingt es bedächtig und ein wenig rauchig nach Kohlenpott. Der CDU-Landtagsabgeordnete Norbert Schlottmann ist in Herne im Ruhrgebiet geboren und seiner Heimat nicht nur an der Oberfläche seines Wesens treu geblieben. Wenn er, der erst 1970 zum ersten Male in den Landtag gewählt wurde, heute seine Fraktion als Obmann für Jugend und Familienfragen vertritt, dann ist das wohl vor allem der Stetigkeit seiner Arbeit zuzuschreiben.

Lobsprüchen ist Schlottmann ganz und gar abgeneigt, aber außergewöhnlich war es schon für einen jungen Abgeordneten, als er mit einer besonderen Initiative einer ganztägigen Landtagsdebatte seinen Stempel aufdrückte. „Tag des Kindes“ nannten seine Kollegen die Sitzung, in der Schlottmann die Landesregierung aufforderte, als Grundlage für kommunale Planungen einen umfassenden Bericht über die Situation der Kinder in unserem Land vorzulegen. Der bittere Vergleich zwischen den 500 000 Mitgliedern des Tierschutzbundes und den nur 12 000 Mitgliedern des Kinderschutzbundes war Schlottmann aus der Arbeit geläufig, schließlich ist er in einem seinen Nebenämter Vorstandsmitglied der „Aktion Jugendschutz“. Sein Bekenntnis aus der September-Debatte des Düsseldorfer Landesparlaments – „Kinder brauchen eine Lobby im Parlament“ – wurzelt nicht nur in statistischen Kenntnissen.

Als Stadtamtmann beim Personalamt der Stadt Herne hat Schlottmann alle Probleme der Emscher-Lippe-Zone im Ruhrgebiet kennengelernt, von mangelnden Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung über fehlende Bildungseinrichtungen bis hin zur drohenden Abwanderung qualifizierter Bevölkerungsteile. Politisch hat er als Gewerkschaftsmitglied bei der ÖTV seinen Weg über die Sozialausschüsse der CDU und die Junge Union gemacht. Von 1966 bis 1968 gehörte er im Deutschlandrat dem höchsten Führungsgremium der Jungen Union an.



Norbert Schlottmann (CDU)

Die Anfangsschwierigkeiten als frischgebackener Landtagsabgeordneter in Düsseldorf waren dennoch unvermeidlich. „Wir haben die Spielregeln nicht beherrscht“, meint er. „Da haben wir uns halt zusammengetan.“ Wir, das sind 18 jüngere Landtagsabgeordnete, die den „Club 72“ in der CDU-Fraktion gründeten. Sie wollten einander im Parlament und auch in ihren Wahlkreisen Hilfestellung geben. Was die Partei an Nachwuchsschulung bis hin zur Rednerausbildung versäumte, das möchten die „Club“-Mitglieder gern aus eigener Initiative nachholen. Schlottmann, der hier zum dreiköpfigen Führungsteam gehört, ist immer noch enttäuscht, auch von der CDU-eigenen politischen Akademie Eichholz keine Hilfe erhalten zu haben. Zunächst als „Kindergarten“ der Fraktion belächelt, dann als „Mandatsicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ kritisiert, hat sich der Club inzwischen Respekt verschafft. Eine eigene Vorlage der 18er-Riege ging bei Diskussionen um eine Reform der CDU-Fraktionsarbeit mit kleinen Abstrichen durch.

Leichte Schuldgefühle ausgerechnet gegenüber den eigenen Kindern, zwei Töchter, streitet Schlottmann keineswegs ab. Er schreibt es der eigenen Unzulänglichkeit zu, daß die Töchter gelegentlich „zu kurz kommen“, weil der Vater zunehmend politisch unterwegs ist. Wenigstens an den Wochenenden das versäumte „intensiv aufzuholen“ bleibt der Wunsch des Familienvaters. Wenn es dann einmal soweit kommt, greift er zuweilen auch zur Farbpalette und sucht beim Malen die eigene Entspannung.

Peter Weigert